

Riefaer Tageblatt

Verantwortlicher
Herausgeber
Riefaer
Postfach Nr. 20.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).
Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptpollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Nr. 1580.
Riefa Nr. 52.

Nr. 206.

Freitag, 2. September 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2,14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegeranten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riefa; für Anzeigentel: Wilhelm Dietrich, Riefa.

Umwandlung der Beuthener Todesurteile in lebenslängliche Zuchthausstrafen.

Berlin. (Naufruch.) Durch Entschließung des preussischen Staatsministeriums vom 2. September sind die Todesstrafen, die durch das rechtskräftige Urteil des Sondergerichtes in Beuthen (D.-S.) gegen

1. den Elektriker Reinhold Kottisch,
2. den Grubenarbeiter Rufin Wolnina,
3. den Häuer August Gräpner,
4. den Marktenkontrollen Helmut Josef Müller wegen Totschlages, begangen aus politischen Beweggründen, und
5. den Gastwirt Paul Rachmann

wegen Anstiftung zu diesem Verbrechen verhängt worden sind, im Gnadenwege in lebenslängliche Zuchthausstrafen umgewandelt worden.

Für die Entschließung war maßgebend, daß die Verurteilten zur Zeit der Tat noch keine Kenntnis der Verurteilung des Reichspräsidenten gegen politischen Terror vom 9. August 1932 und ihren schweren Strafabdrücken gehabt haben.

Wiederaufnahmeverfahren gegen die Beuthener Verurteilten.

Berlin. (Naufruch.) Wie wir von unterrichteter Seite hören, ist damit zu rechnen, daß dem Antrage auf Wiederaufnahme des Verfahrens im Beuthener Prozeß, der bekanntlich von der Verteidigung eingereicht worden ist, stattgegeben werden wird. In dem Antrag sind nach Auffassung der zuständigen Stellen neue Tatsachen enthalten, die die Wiederaufnahme rechtfertigen.

General und Wirtschaftskapitän.

Zweimal: Liquidierung einer Epoche.

Möglich, daß der 1. September 1932 künftigen Generationen einmal in zweierlei Sinn als der Markstein zwischen zwei Epochen erscheint. Heute schon kann man jedenfalls sagen, daß der 1. September 1932 als der Tag zu gelten hat, an dem der Versuch der Liquidierung der Epoche der Entrechtung Deutschlands und der Epoche der Weltkrise gemacht, resp. begonnen wurde. Dies ist — ein klein wenig übertrieben vielleicht — die Bedeutung der Denkschrift des deutschen Reichswehrministers von Schleicher über die Herstellung der wehrpolitischen Gleichberechtigung Deutschlands und den Umbau der Reichswehr einerseits und des neuesten Berichtes des Instituts für Konjunkturforschung über die Weltwirtschaftslage, der zu dem Schluß kommt, daß die Weltwirtschaft sich ankündigt, den Tiefpunkt zu überwinden.

Die große Bedeutung dieser beiden Veröffentlichungen ergibt sich nicht allein aus ihrem Inhalt an sich, sondern erst aus ihrer Einfügung in die weltpolitische und innerpolitische Gesamtsituation. So wenig in beiderlei Hinsicht ernste Bedenken ganz ausgeschlossen werden können, so bedeutsam ist doch die beiden Veröffentlichungen zueinander und ihnen innewohnende funktionelle Bedeutung hinsichtlich der Weiterentwicklung des politischen Geschehens.

In beiden Fällen ergibt sich diese Bedeutung zwangsläufig. Selbst wenn man davon absteht, daß der Leiter des Instituts für Konjunkturforschung, Prof. Wagemann, dessen persönliche Anteilnahme der Ausarbeitung der Konjunkturberichte allgemein bekannt ist, eine gewichtige Rolle bei den wirtschaftstheoretischen Überlegungen und Zielsetzungen in Kreisen spielt, die mindestens dem Kabinett von Papen sehr nahe stehen, so ergibt sich auch dann noch aus den Tatsachen und Argumentationen des neuesten Konjunkturberichtes eine ungemein wertvolle Unterstützung für die wirtschaftspolitischen Pläne, deren Inangriffnahme Reichskanzler von Papen am vergangenen Sonntag angekündigt hat. Ob dieser Parallelismus bewußt und gewollt ist, oder ob er sich zwangsläufig aus dem Tatsächlichen ergab, ist deswegen im Augenblick unerheblich, weil an den wirtschaftlichen Tatsachen, auf Grund deren der Konjunkturbericht zu dem Schluß einer bald zu erwartenden Weltwirtschaftswende kommt, ernsthaft nicht gezwweifelt werden kann. Aus einigen diagnostischen Exkursen des Konjunkturberichtes allerdings scheint sich zu ergeben, daß man bei seiner Formulierung sehr wohl an die Hilfsleistung gedacht hat, die man damit dem Kabinett von Papen wirtschaftspolitisch geben könnte.

Über die eminente außenpolitische Bedeutung der Schleicherschen Wehrdenkschrift braucht man kaum ein Wort zu verlieren. Sie läßt erkennen, wie weit die Entschlossenheit der Reichsregierung gediehen ist, aus der Nichtinnehaltung der Friedensverträge und dem vollkommenen Verlegen des Völkerbundes resp. der Abrüstungskonferenz die Konsequenzen zu ziehen. Nicht minder wichtig aber ist die innerpolitische Bedeutung dieses Schrittes, zu dem sich der Reichswehrminister in diesem Augenblick entschlossen hat. Er schafft dem Kabinett von Papen einen nationalpolitischen Rückhalt, dessen Gefährdung keine Partei des nationalen Lagers verantworten könnte.

So erhält das Kabinett von Papen in einem entscheidenden Moment politische Hilfen von zwei Richtungen her. Seine Position muß dadurch erheblich gestärkt werden, zumal von französischer Seite der Denkschrift des Generals

Beginn des Reichs-Frontsoldatentages in Berlin.

Große Programmrede Duesterbergs. — Bekenntnis zur Präsidialregierung.

* Berlin. Die Reichshauptstadt ist nach fünfjähriger Pause wieder der Schauplatz des Aufmarsches des Stahlhelms (WdV.) zum 13. Reichsfrontsoldatentag, der vom 2. bis 4. September stattfindet, rechnet man mit dem Aufmarsch von 150 000 Stahlhelmern aus allen Teilen des Reiches. Bereits am Donnerstag trafen zahlreiche Stahlhelmer in Berlin ein. Die Mehrzahl wird am Freitag und Sonnabend in Sonderzügen herangeführt werden. Den offiziellen Beginn des Reichsfrontsoldatentages bildete der

Preßempfang

im Roten Saal des Kroll-Theaters am Donnerstag nachmittags, dem die beiden Bundesführer Seldte und Duesterberg, eine Rede, in der er zunächst die Ziele des Stahlhelms darlegte. Der Redner fuhr dann u. a. fort: Heute, wo Deutschland in zwei Lager zerrissen ist, die sich feindsidig gegenübersehen, heute, wo in Deutschland kein Tag vergeht, an dem nicht Deutsche sich gegenseitig töten, ruft der Stahlhelm an seinem 13. Frontsoldatentag dem Volke zu: Deutsches Blut ist nun genug vergossen, das Kaiserwort: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche“ hat heute, wie im Juli 1914, keine tiefe Wahrheit und Bedeutung. Wir betrachten es, daß unsere Auffassung von der Notwendigkeit einer Präsidialregierung sich durchgesetzt hat.

Schon vor Jahren forderte der Stahlhelm ansehnlich unserer Parteizugehörigkeit und der durch diese herbeigeführten Arbeitsunfähigkeit des Reichstages eine Verhängung der Macht des Reichspräsidenten. Heute ist dieser Gedanke verwirklicht. Unseres Erachtens ist die Lage in Deutschland so ernst, daß es nunmehr die Aufgabe aller Deutschen sein muß, sich geschlossen hinter diese Regierung zu stellen, um im Innern in allererster Linie durch geeignete Maßnahmen die ungeheure Arbeitslosigkeit und das in dieser Richtung liegende seelische Elend zu beseitigen und um nach außen in verhärteter Wehr für Deutschlands Rechte zu kämpfen. Durch die Frontkameradschaft ist der Stahlhelm in seiner ersten Stunde loyal gewesen. Er hat auf diesem Gebiete nicht nur geredet, sondern gehandelt und hat hierdurch die Kameradschaft der Tat bewiesen. Sodann wandte sich der

Redner gegen das Diktat von Versailles. Das Diktat wird und muß geändert werden, wenn endlich ein Zustand der Ruhe in der Welt eintreten soll. Im engheren Zusammenhang mit der Beseitigung des Diktats von Versailles steht die Forderung des Stahlhelms, die gleichfalls heute auch von den verantwortlichen Staatsleitern übernommen worden ist, die Forderung auf Gleichberechtigung und Wehrhoheit. Nachdem der Redner noch die seelische und kulturelle Verbundenheit des Reichs- und Auslandsdeutschen erwähnt hatte, wobei er bemerkte, daß die jüngste Gewalttätigkeit Desterreichs keinen Bestand haben werde, schloß er mit den Worten: Was von dem 13. Reichsfrontsoldatentage ausgehend eine Welle heißer Vaterlandsliebe durch alle Gänge Deutschlands getragen werden, möge der Blick der Augenblicke, die mit den Alten vereint in den feidgrauen Kolonnen marschieren, Hoffnung und Zuversicht für viele sein, und möge endlich die gesamte Nation erkennen, daß die Zeit des Haders und der Zwietracht vorbei sein muß, wenn wir die ungeheure Notlage überwinden und wenn wir endlich nach außen mit Aussicht auf Erfolg unsere Rechte vertreten und wiedererringen wollen.

ndg. Berlin. Am Donnerstag begannen die großen Veranstaltungen des Stahlhelms anlässlich des diesjährigen Reichsfrontsoldatentages in Berlin. Nach einem Preßempfang fand abends in der Kroll-Oper eine Festvorstellung statt, in der das Frontsoldaten-Schauspiel des Herrn von Wechmar: „I — 5.30 Uhr“ zur Aufführung gelangte. Heute Freitag vormittags wurde die Marinegruppe und die Sanitätswache des Stahlhelms B. d. R. Landwehrstand Groß-Berlin in Hohenzollern an der Spree befehligt. Daran schließt sich am Abend eine öffentliche Kundgebung im Sportpalast, in der der erste Bundesführer Franz Seldte das Wort zu bedeutenden programmatischen Ausführungen nehmen wird. Den Höhepunkt des Sonnabends bildet der große Wehrparadeabend im Stadion Grunewald. Am Sonntag morgen strömen dann die feidgrauen Kolonnen auf dem Tempelhofer Feld, dem historischen Schauplatz der Frühjahrs- und Herbstparaden des Garderegiments, zum Reichsfrontsoldaten-Appeal zusammen. Der Rundfunk wird Sorge dafür tragen, daß die Bevölkerung Gesamtdeutschlands einen Eindruck von dem Aufmarsch der alten Frontsoldaten und der wehrwilligen deutschen Jugend erhält.

Stimmen zur deutschen Gleichberechtigungsforderung.

Paris und die Unterhaltung von Neuraths mit François Boncet.

* Paris. Ebenso wie die Morgenblätter nimmt auch die Pariser Abendpresse auf der ganzen Linie, natürlich mit Nuancen in der Tonart, Stellung gegen die deutsche Gleichberechtigungsforderung in der Wehrfrage.

Im Temps, der übrigens zu Beginn seiner breiten Ausführungen feststellt, daß man über die angeschnittene Frage erst diskutieren könne, wenn die deutschen Aufzeichnungen bekannt seien, wird vor allem erklärt, daß das Abrüstungsproblem, da es die militärischen Klauseln des Versailles-Vertrages berührt und deshalb alle Signatarmächte interessiert, nicht Gegenstand einer deutsch-französischen Sonderverhandlung sein könne. Weiter verurteilt das Blatt in Ablehnung der deutschen Gleichberechtigungsforderung nachzuweisen, daß die auf der Gleichberechtigung beruhende Stellung als Mitglied des Völkerbundes nicht zu tun habe mit den besonderen Vertragsverpflichtungen, die gewissen Staaten auferlegt seien. Endlich bezeichnet der Temps die Abrüstungskonferenz nicht als zutändiges Forum für das von Deutschland aufgeworfene Problem, weil sie sich mit der Herabsetzung der Rüstungen zu beschäftigen habe, nicht aber mit der Aufrüstungsfrage.

Die Ausführungen des Journal des Debats entsprechen der bekannten Einstellung des Blattes gegen alle deutschen Wünsche und Forderungen, so berechtigt dieselben auch sein mögen. Es verurteilt dabei, seinen Lesern die „schrecklichen“ Folgen auszumalen, die ein „Triumph Deutschlands auf militärischem Gebiet“ nach seinem „Sieg in der Reparationsfrage“ haben würde. Weiter hat das Blatt keinen anderen Wunsch, als daß Herriot jede Verhandlung ablehne; denn, so heißt es, nach den Jahren des Radgebens und des Verzichts brauche die französische Politik eine sofortige, energische Wiederaufrüstung.

Ebenso wie das Journal des Debats ist der Intransigent schroff ablehnend. In der Liberté heißt es, Frank-

reich lasse nicht zu, daß der Versailler Vertrag einseitig zerrissen werde. Aber was sei eine solche Einstellung wert, wenn sie nicht energisch unterkühlt werde. Der Feind belanere bereits Rom, und die Festung London sei schon halb von ihm erobert.

Amerika zum deutschen Wehrvorstoß

Washington, 2. September.

Zu der deutschen Denkschrift über den Umbau der Reichswehr äußerte sich eine verantwortliche Persönlichkeit aus amerikanischen Regierungskreisen wie folgt:

„Amerika ist in erster Linie an der Herabsetzung der Rüstungen interessiert, weshalb jeder deutsche Schritt, der auf Erhöhung der Rüstungen abzielt, hier recht unangenehmen Eindruck machen würde. Ohne zur Frage der Deutschland im Versailler Vertrag auferlegten Beschränkungen Stellung zu nehmen, vertritt man hier die Auffassung, daß die Parität durch eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den europäischen Nationen erreicht werden sollte, indem durch die Herstellung des Vertrauens alle anderen Nationen allmählich zum deutschen Rüstungsniveau hinuntersteigen, anstatt, daß Deutschland aufrüste.“

Der von Präsident Hoover gemachte Vorschlag basierte auf den Zahlen des Versailles-Vertrages und stellte den Beginn der Abrüstung dar, die Deutschland künftig die Parität gegeben hätte. Unter keinen Umständen sollte je wieder ausgerüstet werden, da dadurch das delikate und schwere Werk der allgemeinen Abrüstung wahrscheinlich unrettbar zerstört werden würde.“

Von zuständiger deutscher Stelle wird hierzu mitgeteilt, daß aus den Erklärungen des Reichswehrministers hervorgeht, daß Deutschland nicht aufrüsten will, sondern nur das Geld, das es schon jetzt für seine Wehrmacht ausgibt, für seine Sicherheit nutzbringender anwenden will, als das bei seiner heutigen Militärorganisation möglich ist.

von Schleicher resp. den vertraulichen Besprechungen, die dieser Denkschrift zugrunde lagen, eine Behandlung zuteil geworden ist, die Frankreich ins Unrecht setzt. Um so weniger wird man sich im innerpolitischen deutschen Streit zu Entschleierungen hinreißen lassen dürfen, die den Erfolg der Schleicherschen Offensive gefährden könnten. Da sich dieser wehrpolitischen Aktion die ganz speziell auf Warend-

wirtschaftspolitische Pläne abgestellte Hilfe des Instituts für Konjunkturforschung stellt, wird man dieses merkwürdige Zusammenspiel von General und Wirtschaftskapitän — gleichgültig, ob es bewußt gespielt wurde oder sich aus den Tatsachen ergab — als ein bedeutames Moment für die Konsolidierung des Kabinetts von Papen auch in persönlicher Hinsicht zu bewerten haben.